



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und Fraktion (SPD)

Hausaufgaben aus dem Sozialbericht erledigen – Sofortmaßnahmen gegen Armut in Bayern ergreifen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ zu ziehen und ein umfassendes Konzept vorzulegen, um den armutsgefährdeten Menschen, deren Anzahl in Bayern alarmierend hoch ist, so schnell wie möglich zu helfen.

Außerdem muss der Trend zur Zunahme von Armut im Freistaat gestoppt werden. Es sollen Maßnahmen zur Prävention und Soforthilfe ergriffen werden, die insbesondere der Bekämpfung von

- Altersarmut
- Kinderarmut
- Armut von kinderreichen Familien
- Armut von Alleinerziehenden
- Armut von Menschen mit Migrationshintergrund
- und Erwerbsarmut

dienen.

Begründung:

Der Anfang Mai 2014 veröffentlichte sog. „Kleine Sozialreport“ offenbart Erschreckendes über die Lebenswirklichkeit in Bayern. Rund 1,7 Mio. Menschen sind im reichen Freistaat von Armut bedroht. Das sind etwa 95.000 Menschen mehr als noch vor zehn Jahren. Der Anteil von Menschen, die in Bayern aktuell mit weniger als 942 Euro im Monat auskommen müssen, d.h. die Armutsgefährdungsschwelle unterschreiten, liegt bei 14,3 Prozent.

Einige Bevölkerungsgruppen sind besonders von Armut betroffen: In Bayern leben deutlich mehr ältere Menschen am Rande des Existenzminimums als anderswo in Deutschland. Mehr als ein Fünftel der Bayern über 65 Jahren ist von Armut bedroht, von den Frauen im Rentenalter sogar fast jede Vierte. Damit liegt die so genannte Armutsgefährdungsquote für Ältere im Freistaat um mehr als zwei Prozentpunkte über dem Wert für das frühere Bundesgebiet. Betroffen sind fast eine halbe Million ältere Menschen in Bayern.

Und auch viele Kinder wachsen im Freistaat in materiell prekären Verhältnissen auf: In Haushalten mit Kindern sind 617.000 Personen von Armut bedroht. Besonders hart trifft es die Alleinerziehenden: 41 Prozent von ihnen werden als armutsgefährdet eingestuft. Der Anteil ist damit seit 2010 um zwei Prozentpunkte angestiegen. Von den Alleinerziehenden mit mehr als zwei Kindern gelten sogar 46 Prozent als von Armut bedroht. Auch kinderreiche Familien sind mit besonderen Existenzsorgen konfrontiert: Jede fünfte Familie mit drei oder mehr Kindern in Bayern ist armutsgefährdet. Insgesamt liegt der Anteil von Kindern unter sechs Jahren, die in Bayern von Armut bedroht sind, bei 16,2 Prozent. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt der Anteil mit 15,3 Prozent geringfügig niedriger.

Nach wie vor hängt die Armutsgefährdung auch vom Migrationshintergrund ab: Die Armutsgefährdungsquote lag 2012 für Personen mit Migrationshintergrund bei 23,1 Prozent und damit deutlich über der allgemeinen Quote (14,3 Prozent) und noch deutlicher über der Quote für Menschen ohne Migrationshintergrund (12,0 Prozent).

Alarmierend ist auch, dass immer mehr Menschen von ihrem Lohn nicht leben können: Der Anteil der Niedriglohnbezieher ist auch in Bayern im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends enorm angestiegen: 2010 lag der Anteil bei 17,9 Prozent, während er zehn Jahre zuvor noch bei 14,5 Prozent lag. Von diesem Trend sind insbesondere Frauen und Geringqualifizierte betroffen. In einigen Wirtschaftszweigen wie Land- und Forstwirtschaft, Gastgewerbe und Dienstleistungssektor erhält sogar mehr als die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten einen Niedriglohn. Auch die Anzahl der so genannten Aufstocker ist erschreckend: 90.000 Erwerbstätige in Bayern waren im Juni 2012 dazu gezwungen, ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufzustocken. Von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro werden etwa 18 Prozent der Beschäftigten im Freistaat profitieren.

Diese Daten zeigen deutlichen Handlungsbedarf auf. Wichtig ist neben der Soforthilfe für Betroffene insbesondere die Prävention: Gleiche Teilhabe- und Bildungschancen von Anfang an sowie eine fair entlohnte Beschäftigung, die soziale Absicherung bietet, sind

die wichtigsten Schutzmechanismen dagegen, in Zukunft von Armut betroffen zu sein. Darüber hinaus ist es auch erforderlich, den bereits Betroffenen so schnell wie möglich aus ihrer Notlage herauszuhelfen.